

7 Fragestunde

Bgm. Nagl:

Jetzt darf ich zur Fragestunde kommen. Auf unserer Rathausuhr ist es jetzt 12.32 Uhr.

7.1 Frage 1: Gleichbehandlungsbeauftragte (GRⁱⁿ Mag.^a Marak-Fischer, SPÖ an BGM.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio, FPÖ)

GRⁱⁿ Mag.^a Marak-Fischer:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kolleginnen. Die Zuhörer werden in Kürze wahrscheinlich wieder den Raum betreten. Derzeit noch nicht. Das Thema Gleichbehandlung ist in Graz, denke ich, politisch ein wichtiges. Es gibt in Graz auch eine Gleichbehandlungsbeauftragte, die derzeit auch ausgeschrieben ist. Laut Aufgabenbeschreibung und auch laut Landesgleichbehandlungsgesetz ist diese Gleichbehandlungsbeauftragte einerseits Ansprechpartnerin für Bürger- und Bürgerinnenanliegen, für Magistratsbedienstete, für das Haus Graz und auch für alle Bewerberinnen und Bewerber für neue Stellen und vor allem neue Führungsfunktionen im Haus Graz. Eine ganz schön große Anzahl von Personen ist damit auch für die diese Gleichbehandlungsbeauftragte zuständig. Sie ist laut Gleichbehandlungsgesetz weisungsungebunden. Sie kommt einerseits bei Beschwerden, also wenn sich Menschen diskriminiert fühlen auf Grund ihres Geschlechts, ihres Alters, ihrer sexuellen Orientierung oder anderer oder ihrer Behinderung z. Bsp. diskriminiert fühlen, können sie sich an die Gleichbehandlungsbeauftragte wenden. Andererseits hat aber die Gleichbehandlungsbeauftragte auch die Funktion, für Gleichstellung dieser Personen im Haus Graz zu sorgen. Als Personalverantwortlicher, als Personalreferent der Stadt Graz möchte ich daher an dich, sehr geehrter Herr Bürgermeister-Stellvertreter, die Frage stellen, welchen

Stellenwert hat für dich als Personalreferent das Thema Gleichbehandlung im Magistrat Graz.

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister-Stellvertreter!

Namens der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion stelle ich an dich die

Frage:

Welchen Stellenwert hat für dich als Personalreferent das Thema Gleichbehandlung im Magistrat Graz?

Bgm.-Stv. Mag. (FH) Eustacchio:

Ja, liebe Frau Gemeinderätin, liebe Alexandra. Sowohl persönlich als auch als Personalreferent und Vizebürgermeister natürlich einen sehr hohen Stellenwert. Aber ich glaube, diese Antwort wird dir zuwenig sein. Daher warte ich auf deine sicher schon vorgegebene Zusatzfrage, damit ich da konkret darauf antworten kann. (*Allgem. Appl.*).

Marak-Fischer:

Sehr gerne (*lacht*). Meine Zusatzfrage bezieht sich auf die aus meiner Sicht nicht sehr hohe Entlohnung für diese wichtige Stelle. Diese Stelle ist mit ungefähr € 800,- brutto entlohnt und damit kann man sich vorstellen, dass das als Vollzeitstelle sicherlich zuwenig ist und auch andere Personen, die das sozusagen, daneben machen wollen, neben ihrer Hauptbeschäftigung, müssten ja ihr Beschäftigungsverhältnis entsprechend reduzieren und das schränkt den Bewerberinnenkreis vermutlich schon

sehr ein und es ist sicher schwierig, eine qualifizierte Person mit mehrjähriger Erfahrung in diesem Bereich auch zu finden und daher meine Nachfrage an dich. Wie oder sozusagen warum ist die Entlohnung so niedrig und wie wird sich eine qualifizierte Person mit mehrjähriger Erfahrung unter diesen Bedingungen finden lassen (*Allgem. Appl.*)?

Bgm.-Stv. Eustacchio:

Zum einen hat sich ja in der Ausschreibung in den Modalitäten der Bezahlung nichts davor geändert. Deshalb habe ich hier auch keine Veränderung vorgenommen. Es ist, wie du schon gesagt hast, keine Vollzeitstelle. Daher scheint, und das ist auch so vorgeschlagen worden von Seiten des Personalamtes, die Bezahlung als durchaus angemessen und jetzt warten wir einmal, welche Damen, ich gehe davon aus, dass es vermutlich Damen sein werden, sich dafür bewerben und wenn wir hier nicht weiterkommen, müssten wir nachjustieren, aber im Vorfeld sehe ich hier keine Veranlassung (*Allgem. Appl.*).

7.2 Frage 2: Günstiges Öffi-Ticket für Studierende (GR. Swatek, BSc, Neos an Stadträtin Kahr, KPÖ)

Swatek:

Sehr geehrte Damen und Herren auf der Tribüne, liebe Mitglieder der Stadtregierung, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, sehr geehrte Frau Stadträtin Kahr. In unser Stadt gehen derzeit rund 60.000 Studierende an acht Hochschulen einem Studium nach. Eine Bevölkerungsgruppe, der auch Sie in den letzten Wochen ein wenig Aufmerksamkeit geschenkt haben. Indem Sie derzeit ua. sehr aktiv Facebook-Werbung schalten und auch in der einen oder anderen Zeitung eine Anzeige geschaltet haben. Diese Werbung betrifft den öffentlichen Verkehr, ganz

besonders das Studierendenticket, insbesondere den Mobilitätsscheck. Der Mobilitätsscheck, für die vielleicht noch nicht studieren und die ihn nicht kennen, da geht es darum, dass das Studierendenticket noch einmal billiger wird, wenn man seinen Hauptwohnsitz in Graz hat. Und dafür schaltet die Frau Stadträtin Kahr derzeit Werbung. Es ist aber so, dass dieses Studierendenticket mit der Förderung noch immer auf das Jahr gerechnet teurer ist als das Jahresticket. Das sieht nämlich so aus, dass ein Jahresticket für jede Grazerin und jeden Grazer derzeit € 265,-- kostet, weil es mit € 175,-- von der Stadt noch einmal gefördert ist, wenn man seinen Hauptwohnsitz hier hat und die Studierendentickets würden € 285,40 kosten, wenn man seinen Hauptwohnsitz hier hat, auf ein Jahr hochgerechnet. Das heißt, dass man derzeit als Studierender, wenn man der Werbung der Stadträtin Kahr folgt, € 20,40 im Jahr mehr zahlen würde. Ich hoffe, dass das kein Studierender tut. Daher stellt sich mir auch die Frage, warum man so eine Werbung schaltet. Mir geht es insbesondere dahin, dass man sich überlegen könnte, ob man Studierende nicht aktiver fördert. Wir wissen nämlich aus der Studierenden-Sozialerhebung, das ist eine Umfrage unter rund 47.000 Studierenden, dass ein Viertel der Studierenden nicht einmal € 730,-- im Monat zur Verfügung haben und 26 % der Studierenden angeben, dass sie starke finanzielle Probleme haben. Andere Städte sind da aktiv geworden. In Linz kostet das Studierendenticket € 50,-- für sechs Monate, in Wien kostet es € 75,-- für sechs Monate, bei uns in Graz kostet es leider noch € 142,--. Meine Frage daher an Sie, Frau Stadträtin Kahr: Sind Ihrerseits Schritte geplant, den öffentlichen Verkehr für die Studierenden mit Hauptwohnsitz in Graz durch den Mobilitätsscheck oder eine ähnliche Förderung wieder signifikant billiger zu machen als das Jahresticket für alle Grazerinnen und Grazer (*Appl.*)?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrte Frau Stadträtin Kahr, mit rund 60.000 Studierenden und 8 Hochschulen dürfen wir unser Graz stolz als Studentenstadt bezeichnen. Eine Bevölkerungsgruppe, der auch Sie in den letzten Wochen einiges an Aufmerksamkeit schenken und als

Verkehrstadträtin aktiv die Werbetrommel für das Studierendenticket samt Mobilitätscheck rühren. So wird unter Ihrer Facebookseite "Elke Kahr" derzeit ein Betrag beworben und in lokalen Zeitungen Anzeigen geschaltet, um Studierende über ein vergünstigtes Studierendenticket für den öffentlichen Verkehr zu informieren. Was Sie in keiner einzigen Werbung erwähnen, ist jedoch, dass das Studierendenticket für Studierende mit Hauptwohnsitz in Graz im Jahr immer teurer ist als ein Jahresticket.

So kostet ein Jahresticket für jede Grazerin und jeden Grazer - dank Förderung der Stadt in Höhe von 175 € - derzeit 265 €. Die Studierendenkarte für denselben Zeitraum wird hingegen nur mit 80 € gefördert und kostet einem Studierenden 285,40 € im Jahr. Um 20,40 € würde jede und jeder Studierende im Jahr mehr zahlen, wenn man Ihrer Werbung blind folgt. 20,40 €, obwohl für den Mobilitätsscheck ein Leistungsnachweis vonnöten ist, während das Jahresticket für jede Grazerin und jeden Grazer ohne Hürden verfügbar ist.

Wozu es eine aktive Bewerbung einer Förderung benötigt, die aufs Jahr gesehen einen finanziellen Nachteil mit sich bringt und dabei nicht einmal auf das günstigere Ticket verwiesen wird, ist fraglich. Noch mehr stellt sich aber die Frage, warum einer so wichtigen Bevölkerungsgruppe wie den Studierenden so wenig Beachtung und Respekt geschenkt wird. Während man sich als Student in Wien 215 € im Jahr für das Öffi-Ticket spart, fehlt es derzeit an einer wirksamen Förderung für Studierende in Graz. Dass es auch im öffentlichen Verkehr vonnöten ist, Studierenden aufgrund ihrer sozialen Lage unter die Arme zu greifen, zeigt beispielhaft die "Studierenden-Sozialerhebung 2015". Sehr geehrte Stadträtin Kahr, sind Ihrerseits Schritte geplant, den öffentlichen Verkehr für Studierende mit Hauptwohnsitz in Graz durch den Mobilitätsscheck oder eine ähnliche Förderung wieder signifikant billiger zu machen als das Jahresticket für alle Grazerinnen und Grazer?



StRⁱⁿ **Kahr:**

Sehr geehrte Damen und Herren, sehr geehrter Herr Gemeinderat. Ich kann es ganz einfach machen und sagen, ja, sehr gerne setze ich mich auch dafür ein, wie immer auch in der Vergangenheit nicht nur ich, sondern meine Fraktion sich dafür eingesetzt hat, dass neben einer Angebotserweiterung für den öffentlichen Verkehr selbstverständlich auch die Preispolitik und die Tarife für die Kunden und Kundinnen, nämlich für alle, stimmen soll. Wenn nicht genauso, wie es Studierende mit geringen Bezügen trifft es auch ältere Menschen mit Mindestpension. Deshalb haben wir auch eine Mobilitätskarte im Rahmen der Sozialcard, für die die KPÖ sich sehr eingesetzt hat, und haben wir auch eine Jahreskarte, die österreichweit im Vergleich am günstigsten ist und Gott sei Dank auch im Gemeinderat beide sozusagen auch immer einstimmig so beschlossen wurden. Beides ist aber auch nur möglich und ebenso auch der Mobilitätsscheck, der ja auch eine zusätzliche Leistung der Stadt Graz ist und gestützt wird, nur möglich, wenn man sozusagen auch Mittel in die Hand nimmt. Wie Sie wissen, sind die nicht bei dem Verkehrsplanungsamt angesiedelt, sondern diese Frage und dieses Engagement muss man erstens einmal mittels Antrag auch an den zuständigen Finanzstadtrat stellen und braucht natürlich hier im Hause eine Mehrheit. Dafür würde ich mich gerne einsetzen, wenn auch weiterhin, wenn Sie mitziehen, da

sind wir zumindest einmal elf und, ich denke, wir sind hier 48 Gemeinderäte, wenn die diesem Vorschlag zustimmen, dann wird es diese Vergünstigung auch geben (*Allgem. Appl.*).

GR Swatek:

Ihre Antwort freut mich, das zu hören. War natürlich klar, dass das auch in diese Richtung kommt, dass Sie da sagen, dass das Geld natürlich nicht in Ihrer Tasche liegt. Ich habe heute auch in der Sitzung noch einen Antrag eingebracht, dass man sich diesem Thema annimmt, dann sind wir schon zu zweit. Vielleicht ziehen ja noch mehr Leute mit. Meine Frage an Sie wäre aber, ob Sie sich schon ein konkretes Konzept überlegt haben. Das heißt, wie hoch könnte ein Studierendenticket in Zukunft sein und zu welchem Zeitraum stellen Sie das vor?

StRⁱⁿ Kahr:

Ich habe auf Ihre Frage hin eine Anfragebeantwortung vom Amt bekommen oder von der Holding. Das habe ich nur erspart, hier vorzutragen, weil ich immer davon ausgehe, dass doch viele KollegInnen hier im Haus das alles wissen. Die Vier- und Fünfmonatskarten sind jetzt, wenn man sie acht bzw. zehn Monate in Anspruch nimmt, sind ja günstiger mittels Mobilitätsscheck schon jetzt, wie Sie richtig angemerkt haben, ist es auf das Jahr hin bezogen, etwas teurer, die Jahreskarte für die Studierenden, die mit Hauptwohnsitz in Graz wohnen. Jetzt ist die Frage, wenn man sich dafür einsetzt, dass sie günstiger sein soll als die Jahreskarte, in welcher Höhe, das wird ein politisches Gespräch brauchen. A), ob es überhaupt die Bereitschaft dazu gibt und wenn ja, in welcher Höhe. Hier möchte ich einfach keinen Betrag vorgeben.

7.3 Frage 3: Umsetzung von Maßnahmen für ältere Menschen im Straßenverkehr (GR. Schwindsackl, ÖVP an Stadträtin Kahr, KPÖ)

GR Schwindsackl:

Herr Bürgermeister, werte Mitglieder der Stadtregierung, geschätzte Kolleginnen und Kollegen, werte Damen und Herren auf der Galerie. Es betrifft die Umsetzung von Maßnahmen für ältere Menschen im Straßenverkehr. Sehr geehrte Frau Stadträtin Elke Kahr. Im Jänner stellte ich den Antrag, dass Sie sich dafür einsetzen mögen, dass das Zufußgehen den anderen Arten der Fortbewegung in unserer Stadt mindestens gleichgestellt wird und Sie dabei folgende Maßnahmen in Betracht ziehen sollten: erstens die längeren Ampelphasen für Fußgängerübergänge. Für Senioren zeigen viele Grazer Ampeln zu schnell rot. Rot heißt halt stopp, Stillstand, wie wir es auch aus anderen Bereichen kennen. Im Laufschrift müssen nun ältere Menschen, nicht alle sind, wie am vergangenen Sonntag, erfolgreiche Teilnehmer des Graz-Marathon, über die Zebrastreifen hetzen. Ein Edwin Hirwa hätte da wahrscheinlich viel, viel leichter. Nur er gehört einer anderen Zielgruppe an. Die Grünphasen sind an den meisten Kreuzungen, wie der Lokalausweis zeigt, beispielsweise an den Kreuzungen Münzgrabenstraße, Frölichgasse oder Radetzkystraße, Opernring, Neutorgasse ua. mit 19 Sekunden einfach zu kurz und damit für ältere Personen, aber auch natürlich Mütter mit Kinderwagen, also nicht oder nur schwer zu schaffen. Ältere Menschen bleiben auf Grund der raschen Schaltung auf Rot oft aus Angst jetzt mitten am Zebrastreifen stehen oder, was noch schlimmer ist, sie gehen wieder zurück. Was natürlich ganz fatale Folgen hat. Weiters Punkt 2: Kenntlichmachung der Bordsteinkante, Punkt 3: Absenkung der Bordsteinkanten an querungsgerechten Stellen, Punkt 4: bessere Sicherung der Kreuzungspunkte mit dem Straßenverkehr, Punkt 5: Vermeidung von Treppen, Punkt 6: Anbringung von geeigneten Geländern und Punkt 7: ausreichende Ruhepunkteplätze und Bänke. Daher stelle an Sie, sehr geehrte Frau Stadtrat, folgende Frage: Wann gedenken Sie, und gestatten Sie mir den Begriff „endlich“, die angeführten wichtigen, mitunter überlebenswichtigen

Sicherheitselemente für die ältere Generation aber auch für die Mitbürger, Mitbürgerinnen mit Behinderung in unser Stadt in Angriff zu nehmen (*Allgem. Appl.*)?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrte Stadträtin Elke Kahr!

Im Jänner d.J. stellte ich den Antrag, dass Sie sich dafür einsetzen mögen, dass das Zufußgehen den anderen Arten der Fortbewegung in unserer Stadt mindestens gleichgestellt wird und Sie dabei folgende Maßnahmen in Betracht ziehen sollten:

- 1. Längere Ampelphasen für Fußgängerübergänge: Für Senioren zeigen viele Grazer Ampeln zu schnell Rot! Im Laufschrift müssen ältere Menschen, nicht alle sind wie am vergangenen Sonntag erfolgreiche Teilnehmer des Graz-Marathons, über Zebrastreifen hetzen. Die Grünphasen sind an den meisten Kreuzungen wie der Lokalauschein beispielsweise an den Kreuzungen Münzgrabenstraße / Fröhlichgasse oder Radetzkystraße / Opernring / Neutorgasse u.a. mit 19 Sekunden einfach zu kurz und damit für ältere Menschen, aber auch für Mütter mit Kinderwagen nicht oder nur schwer zu schaffen! Ältere Menschen bleiben aufgrund der raschen Schaltung auf Rot oft aus Angst mitten am Zebrastreifen stehen oder, was noch schlimmer ist, gehen wieder zurück. Weiters:*
 - 2. Kenntlichmachen der Bordsteinkanten*
 - 3. Absenken der Bordsteinkanten an querungsgerechten Stellen*
 - 4. bessere Sicherung der Kreuzungspunkte mit dem Straßenverkehr*
 - 5. Vermeidung von Treppen*
 - 6. Anbringen von geeigneten Geländer*
 - 7. ausreichende Ruhepunkte, Plätze, Bänke ec.*
- Daher stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, folgende*

Frage:

„Wann gedenken Sie endlich, die angeführten wichtigen, mitunter überlebenswichtigen Sicherheitselemente für die ältere Generation, aber auch für Mitbürger/innen mit Behinderung in unserer Stadt in Angriff zu nehmen?“

StRⁱⁿ **Kahr:**

Sehr geehrter Herr Gemeinderat. Sie sind sozusagen in dieser Periode jetzt hier tätig. Diese und ähnliche Fragen, und ich bin doch schon recht lang, haben alle meine Vorgänger und Vorgängerin genauso gestellt bekommen. Außer mit dem Zusatz, dass Sie jetzt hier formulieren, endlich sofort beginnen und sofort (*lacht*), das ist schon ein Novum. Das ist ja selbstverständlich und klar, dass man Maßnahmen und Sicherheitsvorkehrungen für Zufußgehen, insbesondere für ältere Menschen, aber selbstverständlich auch für die Jüngsten, also für Kinder, die ja sozusagen die schwächeren Verkehrsteilnehmerinnen sind und oft nicht so schnell sind. Sie können davon ausgehen, dass die Ämter, die dafür zuständig sind, und ich möchte auch ein herzliches Danke an Herrn Bernd Cagran, der das eigentlich in einer äußerst vorbildlichen Weise ständig darauf bedacht ist, hier Verbesserungen, vor allem, was die Ampelphasen betrifft, vorsieht. Das ist ein kontinuierlicher und laufender Prozess, wenn Ihnen ganz konkret auch etwas auffällt, dann ist es auch ganz klar, dass Sie sich direkt an das Amt und an den Kollegen wenden können. Da muss man gar keinen umständlichen Weg über Stadtratsbüro oder über Fragen im Gemeinderat einbringen. Trotzdem ist es ein wichtiges Thema und ich möchte Ihnen einfach die einzelnen Punkte, die Sie hier angeführt haben, von Amtsseite hier rückmelden. Dieser Kompromiss bei den Ampelschaltungen ist nach größtmöglicher Möglichkeit immer zu Gunsten von Zufußgehenden vorzusehen. Es ist aber nicht immer möglich, die komfortabelsten Grünphasen anzubieten. Es hat unterschiedliche Gründe. In Graz sind jedoch alle Grünphasen für Fußgängerübergänge, und das auch über die Norm hinaus, als Mindestmaß so bemessen, dass zwei Drittel des Schutzweges bei gemäßigtem Schritt überquert werden können. Und ich betone das mit gemäßigtem Schritt. Was häufig nicht bekannt ist, ist der Umstand, dass es ja nach Grünende durchaus noch

gestattet und vorgesehen ist, den Querungsvorgang zu beenden. Im Ampelprogramm ist hierfür auch eine entsprechende Schutzzeit vorgesehen, innerhalb welcher der Querverkehr auch noch Rot hat. Zweitens, die Bordsteinkanten werden im gesamten Stadtgebiet durch eine entsprechende Materialwahl ausreichend kenntlich gemacht. Zusätzliches Anbringen von Farbstreifen, Rückstrahlern udgl. sind im öffentlichen Straßenraum prinzipiell nicht vorgesehen, da dadurch auch Ablenkungseffekte bei FahrzeuglenkerInnen möglich sind. Drittens, bei Fußgänger- und Radfahrerquerungsstellen werden im Zuge von Straßensanierungen, Kreuzungsumbauten udgl. im Einvernehmen mit der Stadtbaudirektion/barrierefreies Bauen standardmäßig und regelmäßig richtlinienkonforme Bordsteinabsenkungen hergestellt. Wenn Ihnen noch konkret Beispiele aufgefallen sind, wo das noch nicht der Fall ist, bitte einfach ganz konkret melden. Viertens, es ist sowohl gesetzlicher Auftrag als auch das oberste Bestreben der Verantwortlichen, die Verkehrssicherheit bestmöglich zu gewährleisten. Im Rahmen der im Straßenamt eingerichteten Arbeitsgruppe Verkehrssicherheit, wie Sie wissen, werden regelmäßig Maßnahmen zur Sicherung von Straßenkreuzungen festgelegt. Zum Punkt 5: Es wird jeweils im Einzelfall die geeignetste Maßnahme, was Treppen oder Rampen betrifft, geprüft und natürlich dann auch umgesetzt. Wobei Kriterien wie die Längsneigung, die Art der Nutzung und das gesamte Umfeld immer zu berücksichtigen sind. Punkt 6: Sofern die Verkehrssicherheit und die örtliche Situation dies erfordern, werden selbstverständlich geeignete Absturzsicherungen immer errichtet. Punkt 7: Es werden laufend Bankerl und Sitzgelegen ohne Konsumationszwang erstens von den Bezirksvorstehungen selbst immer angeregt und auch umgesetzt dort, wo es technisch möglich ist. Vor kurzem, wie Sie vielleicht auch gelesen und auch gesehen haben, von City of Design, von der Holding Graz und, wie Ihnen vielleicht auch bekannt ist, seit 2012 von der KPÖ durch die Bankerlaktion, wo in Summe allein dadurch schon über 100 Bankerl und Tische im öffentlichen Raum aufgestellt wurden (*Allgem. Appl.*).

GR Schwindsackl:

Danke für die Beantwortung. Ich sehe aber trotzdem doch eine Wichtigkeit in dieser Frage, die ich heute an Sie gestellt habe, weil Sie insoferne ja auch kurz mitgeteilt haben, dass das schon an Ihre Vorgänger gerichtet wurde, aber in der Umsetzung langsam etwas passiert und ich hoffe im Namen vieler, vieler Grazerinnen und Grazer, die sich das wirklich verdient haben, eine halbwegs sichere und vor allem eine gute Ausstattung der Übergänge der Ampeln auch in Zukunft, in unmittelbarer Zukunft zu erhalten. Herzlichen Dank.

Bgm. Nagl:

Darf vielleicht nur anmerken, dass es, glaube ich, selbstverständlich ist, dass Gemeinderäte, Stadtregierungskolleginnen und -kollegen hier befragen können und sich nicht direkt an die Ämter wenden sollen. Ausschließlich, weil es ja auch die Chance gibt, eine politische Meinung einzuholen. Ich darf nun die nächste Fragestellerin zum Rednerpult bitten.

7.4 Frage 4: Förderverträge für Kultureinrichtungen (GRⁱⁿ DIⁱⁿ, Braunersreuther, KPÖ an Stadtrat Dr. Riegler, ÖVP)

GRⁱⁿ Braunersreuther:

Sehr geehrte KollegInnen, liebe Zuhörerinnen, Zuhörer, sehr geehrter Herr Stadtrat. Die Förderverträge für die Kultureinrichtung wurden im Juni 2017 für die Jahre 2017, 2018 beschlossen. Das heißt, sie enden jetzt bald. Die Kultureinrichtungen sind aber, obwohl sie nicht wissen, was auf sie zukommen wird, jetzt längst dabei, Programme für die folgenden Jahre zu erstellen, was sie natürlich auch tun müssen, weil man ja nicht sagen kann, man macht mal erstmals nichts bis Juni 2019 beispielsweise. Für die Einrichtung ist es allerdings sehr schwierig, weil sie bis heute keine Sicherheit über die

Höhe und Dauer ihrer Förderung ab Jänner 2019 haben werden. Ich fand das sehr verwunderlich, denn eigentlich wurden nämlich um die Zeit, also gerade jetzt hat mich gewundert, dass wir keinen Kulturausschuss haben, diese Förderverträge bereits vorgelegt dem Ausschuss und auch dem Gemeinderat, deshalb stelle ich an Sie, Herr Stadtrat, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs folgende Frage: Wann werden die Förderverträge für die Grazer Kultureinrichtungen aufgesetzt und dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt (*Allgem. Appl.*)?.

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Herr Stadtrat,

im Juni 2017 wurden die Förderverträge für Kultureinrichtungen für die Jahre 2017/18 beschlossen. Jetzt, kurz vor ihrem Auslaufen, sind die Kultureinrichtungen längst dabei, Programme für die folgenden Jahre zu erstellen. Das ist allerdings sehr schwierig, da sie bis heute keine Sicherheit über die Höhe und Dauer ihrer Förderungen ab Jänner 2019 haben.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, namens des KPÖ-Gemeinderatsklubs die

Frage:

Wann werden die Förderverträge für die Grazer Kultureinrichtungen aufgesetzt und dem Gemeinderat zur Beschlussfassung vorgelegt?

StR Riegler:

Die kurze Antwort ist: im November. Die etwas ausführlichere Antwort vielleicht kurz: Es ist so, dass tatsächlich die Einrichtung von mehrjährigen Förderverträgen ein großes

Verdienst auch unter meinen Vorgängern und Vorgängern war, denn immerhin sollen ja große, bedeutende und bestens reputierte Kultureinrichtungen von AIMS über z. Bsp. den Verein der Freunde des Grazer Domchores, Diagonale, Manuskripte, Musikverein für Steiermark bis hin zum Forum Stadtpark sollen wir ja natürlich eine Sicherheit bekommen, um gewissermaßen auch planen zu können. Wir haben ja rechtzeitig mit dem Michael Grossmann und seinem Team die Ausschreibung, den Call, vor dem Sommer gestartet. Über den Sommer haben die Fachbeiräte getagt, haben ein umfassendes Konvolut an Beurteilungen erarbeitet, da ich auch hier bei mir habe. Wir haben das natürlich auch dann immer wieder auch durchgearbeitet in Zusammenarbeit mit dem Kulturamt. Und jetzt wäre es an und für sich schön gewesen, wenn wir schon im Oktober geschafft hätten, dass wir es Ihnen, hoher Gemeinderat, zur Beschlussfassung vorlegen. Leider sind ein paar Termine dazwischengekommen, weswegen es noch nicht möglich war, das koalitionsintern noch zu beraten. Daher bitte ich alle Vereine, alle angesprochenen Fördernehmer doch um etwas Geduld. Ich bin guter Hoffnung, dass wir im November dann tatsächlich eine solche Projektgenehmigung, den eine solche ist es ja, da es ja mehrere Budgetjahre in die Zukunft hinreichend betrifft, dass wir die im November Ihnen vorlegen und zur Beschlussfassung, zur Genehmigung vorlegen können (*Allgem. Appl.*).

GRⁱⁿ Braunersreuther:

Herzlichen Dank für die Auskunft, das ist sehr erfreulich zu hören, dass es im November dann soweit sein wird. Die Frage, die jetzt nicht nur von mir, sondern als Sprecherin für diverse Kultureinrichtungen, mit denen ich zu tun hatte, kommt, ist die, wird die Höhe und die Länge der Verträge so bleiben wie bisher? Sprich, werden Sie weiterhin zweijährige Verträge machen, wie in der Vergangenheit? Und werden diverse Überprüfungen, von denen man so gehört hat, bzw. auch das Kulturjahr 2020 Einfluss auf die Höhe der Förderung haben?

StR Riegler:

Zu den Details der Förderhöhe kann ich Ihnen naturgemäß jetzt nichts sagen, weil sonst wäre es ja schon fertig verhandelt. Aber ich kann Ihnen verraten, dass es eben von den Fachbeiräten jeweils immer Vorschläge gibt, die in die Richtung gehen. Entweder gleichbleibend oder erhöhend sozusagen zu wirken und diesen Fachbeiratsvorschlägen folge ich in aller Regel. Die Frage, die Sie noch gestellt haben, ob das Kulturjahr einen Einfluss darauf haben würde. Die Antwort lautet, wenn dann nur einen positiven, durch das Kulturjahr werden hier zusätzliche Mittel für Kunst und Kultur bereitgestellt. Aber falls die Frage darauf abzielt, ob es eine Kürzung des Budgets für die mehrjährigen gäbe, wegen des Kulturjahres, dann kann ich die erfreulicher Weise mit nein beantworten.

Bgm. Nagl:

Jetzt darf ich Sie bitten, dass wir tauschen, da die FPÖ die erste Frage betreffend den Sicherheitsmangel Straßenbahntrasse Linie 1 nicht mehr stellt, weil sie heute auch klar beantwortet wurde schon in den Medien, ziehen wir die Frage Nr. 10 bitte vor.

**7.5 Frage 5 (vorher 10): Parkplatzsituation Josef-Hyrtl-Gasse
(GRⁱⁿ Schönbacher, FPÖ an Stadträtin Kahr, KPÖ)**

GRⁱⁿ Schönbacher:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kollegen, liebe Gäste, sehr geehrte Frau Stadträtin Kahr. Derzeit wird der Parkplatz, der Park & Ride-Standort im Brauquartier in Puntigam nicht besonders stark genutzt, stattdessen leider im Bereich des Zentralfriedhofes und vor allem in der Gegend Josef-Hyrtl-Gasse. Und die Josef-Hyrtl-Gasse und die umliegenden kleinen Gassen sind besonders davon betroffen, dass hier sehr viele Fahrzeuge mit auswertigen Kennzeichen parken und das den ganzen Tag und

jetzt ist momentan, eben wir stehen vor Allerheiligen und Allerseelen, das heißt, die Grabpflege steht wieder an. Und es ist nicht nur davon auszugehen, sondern es ist derzeit schon so, dass die Parkplätze einfach wirklich überlastet sind. Man weiß nicht, wo man sein Auto hinstellen soll, um Erde und Blumen und Sonstiges an das Grab zu bringen. Man muss weit gehen, das schafft nicht jeder. Jemand, der älter ist, jemand der eine Behinderung hat, der kann nicht alles so weit tragen und schon gar nicht all die Dinge mit dem Bus herankarren. Deshalb stellt sich für mich die Frage oder ich stelle fest, dass wir einfach dringend sowohl ein kurzfristiges Konzept brauchen jetzt für Allerheiligen und Allerseelen. Aber auch ein längerfristiges Konzept, um eben dort den Parkdruck in dieser Gegen etwas wegzunehmen. Aus diesem Grund stelle ich an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende Frage: Sind Sie bereit, in der Josef-Hyrtl-Gasse neben einer kurzfristigen Entlastung für Allerheiligen und Allerseelen eine Ausweitung der Grünen Zone in Betracht zu ziehen, um damit auch den Park & Ride Standort Brauquartier zu attraktiveren (*Allgem. Appl.*)?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Während der Park & Ride-Standort Brauquartier derzeit noch wenig angenommen wird, ist der Parkplatzdruck im Bereich rund um den Zentral- und den Urnenfriedhof sehr hoch. Besonders betroffen ist die Josef-Hyrtl-Gasse. Hierbei ist die Zahl der nicht in Graz registrierten Fahrzeuge überdurchschnittlich hoch. Nicht selten blockieren diese Fahrzeuge die Parkflächen ganztags, was zu einer massiven Belastung der Anrainer führt.

Es ist damit zu rechnen, dass die Parkplatzsituation rund um Allerheiligen und Allerseelen deutlich verschärft wird. Das Fassungsvermögen des P&R am Zentralfriedhof ist während dieser Feiertage durchgehend erschöpft.

Da der Parkplatzdruck nicht nur an diesen Feiertagen – dabei ganz besonders im Zeitraum von etwa zwei Wochen im Vorfeld, wenn die Gräber hergerichtet werden – sehr hoch ist, wird ein längerfristiges Konzept benötigt. Für die bevorstehenden Feiertage könnte ein kurzfristiger Ansatz möglicherweise für eine fühlbare Entlastung sorgen.

Aus diesem Grund ergeht an Sie, sehr geehrte Frau Stadträtin, namens des freiheitlichen Gemeinderatsklubs nachstehende

Anfrage

gem. § 16a der GO des Gemeinderates

der Landeshauptstadt Graz:

Sind Sie bereit, in der Josef-Hyrtl-Gasse neben einer kurzfristigen Entlastung für Allerheiligen und Allerseelen eine Ausweitung der Grünen Zone in Betracht zu ziehen, um damit auch den P&R-Standort Brauquartier zu attraktivieren?

StRⁱⁿ Kahr:

Sehr geehrte Frau Gemeinderätin. Danke für die Anfrage. Ich kenne das Gebiet sehr gut dort. Ich bin dort nördlich davon selber aufgewachsen. Ich weiß, wie das zu Allerheiligen sich dort immer abspielt in der Vergangenheit und auch jetzt. Wir haben, wie Sie wissen, hier im Gemeinderat am 1. Oktober das beschlossen, die Parkraumevaluierung. Insoferne wird das jetzt so kurzfristig nicht möglich sein, wie Sie sich das wünschen, zu Allerheiligen da eine Lösung zu finden, vor allem muss das ja ein Stück sein, was mein Kollege, der Finanzstadtrat Riegler, einbringt, weil das betrifft die Verordnung, das geht nicht über das Referat. Also da würde ich jetzt nicht hier wagen, eine Versprechung abzugeben. Was sehr wohl klar und immer so der Fall ist, dass ein Verdrängungsprozess natürlich stattfindet. Das sieht man jetzt auch, das habe ich selbst auch gesehen. Das ist jetzt um den ganzen Bereich dort, was Sie angesprochen

haben, wenn man dort jetzt aber auch wiederum Kurzparkzone einrichtet, muss man wiederum wissen, geht dann der nächste Verdrängungsprozess weiter. Es ist auch eine Evaluierung spätestens 2020 wieder vorgesehen, ob man da vorher eine Maßnahme setzt oder nicht, würde ich gerne mit den Kolleginnen und Kollegen vom GPS und auch Kollegen vom Straßenamt vorher mir anschauen. Aber kurzfristig muss man einfach ehrlich sagen, wird da keine Lösung bis Allerheiligen zustande kommen. Wie überhaupt, das muss ich auch sagen, selbst bevor diese Kurzparkzone dort war, ist durch den Marktstand, der unten sich ja immer auch ausweitet, was jetzt eh nicht verkehrt ist, hat dieser Verdrängungsprozess auch ohne diese Kurzparkzone in den Seitengassen schon stattgefunden. Also schlichtweg, ich weiß es, zu Allerheiligen spielt es sich sehr ab und war der vorhandene Platz bisher schon immer sehr knapp. Aber, wie gesagt, ich schaue mir das gerne mit den KollegInnen an (*Allgem. Appl.*).

Schönbacher:

Ich habe gehofft, da Sie die Gegend gut kennen und von dem Problem wissen, dass wir vielleicht für heuer schon eine Lösung haben. Schade, dass es nicht so ist. Aber meine Zusatzfrage wäre, können wir hoffen oder auch die Anrainer hoffen, dass wir es zustande bringen, bis zum nächsten Jahr wenigstens eine kurzfristige Lösung vor Allerheiligen zu schaffen?

StRⁱⁿ Kahr:

Wie gesagt. Ich möchte das wirklich mit den KollegInnen, die da tatsächlich sehr viel Erfahrung haben, wie da die Prozesse sich entwickeln könnten. Vielleicht gelingt da auch schon vorher etwas. Man muss sich das anschauen routinemäßig noch einmal. Wie Sie wissen, finden diese Evaluierungen in einem Zeitrahmen statt, den der Gemeinderat hier auch so festgelegt hat. Man kann aber natürlich Ausnahmen machen und das werde ich mit meinen KollegInnen in den Ämtern besprechen.

**7.6 Frage 6: Inserate der Holding
(GRⁱⁿ Ribo, MA, Grüne an Stadtrat Dr. Riegler, ÖVP)**

GRⁱⁿ Ribo:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie, sehr geehrter Herr Stadtrat, lieber Günter. In meinen heutigen Fragen geht es um die Inserate der Holding. Es ist so, dass die Website Agenda 22 in letzter Zeit für einige Aufregung gesorgt hat in Graz, und im Zusammenhang mit diesem Thema ist der Ruf nach mehr Transparenz und Kontrolle immer lauter geworden. Ich werde nicht müde, hier immer wieder zu wiederholen, dass Kontrolle eine der wichtigsten Aufgabe der Oppositionsparteien ist und dass es uns Grünen sehr wichtig ist, da genau hinzuschauen und dass wir jeder Verbesserung positiv entgegensehen. Ein besonderes Augenmerk ist im Bereich Kontrolle auch auf den Einsatz von öffentlichen Mitteln im Bereich Werbung und Marketing zu legen. Die Stadt Graz hat es ja so gelöst, dass wir eine Abteilung für Kommunikation haben, eine eigene Stelle eben wurde geschaffen und die koordiniert den Auftritt der Stadt Graz nach draußen. Dazu gibt es eben auch Richtlinien der Öffentlichkeitsarbeit und die geben einen guten Rahmen dafür. Die Holding und ihre Beteiligungen sind aber auch in anderen Bereichen tätig, also vor allem in Sponsoringbereich. Sie unterstützen diverse Aktivitäten und Vereine mit Geld-, aber auch mit Sachleistungen und das ist gut. Also dadurch wird auch der Werbewert des Unternehmens geschaffen. Aber es ist natürlich auch zu hinterfragen, was da genau für Inserate geschaltet werden bzw. was für Kriterien dahinterstecken. Bei der Holding muss ich auch noch erwähnen, dass auf Initiative von uns Grünen es den jährlichen Sponsoringbericht gibt, der wird hier im Gemeinderat jedes Jahr vorgelegt. Das ist ein super Mittel, wo wir einfach detailliert nachschauen können, für was alles, also womit die Holding in den letzten Jahren dann zu tun hatte in dem einen Jahr. Die Holding bewirbt aber auch ihre Angebote natürlich auch in anderen Medien per Inseratschaltungen und hier eben der Punkt, der uns fehlt, da fehlt uns eben die genaue Detailübersicht über die Werbemittel, die ausgegeben werden. Wir wissen nicht die Höhe, wir wissen auch aber nicht, in welchen Medien das gezielt eingesetzt

wird und unter welchen Kriterien da Inserate vergeben werden. Deshalb die Frage an dich: Welche Kriterien bzw. Richtlinien werden für die Entscheidung über Inseratenschaltungen seitens der Holding insbesondere für Parteizeitungen und parteinahe Publikationen herangezogen? (*Allgem. Appl.*).

Originaltext der Anfrage:

Sehr geehrter Herr Stadtrat, lieber Günter,

In den letzten Wochen sorgte die neue Webseite der Agenda 22 für einige Aufregung.

*In Zusammenhang mit diesem Thema wurde auch wieder der Ruf nach mehr
Transparenz und Kontrolle laut.*

*Kontrolle ist eine der wichtigsten Aufgaben von Oppositionsparteien und daher sind für
uns Verbesserungen in diesem Bereich ein wichtiges Ziel. Ein besonderes Augenmerk ist
im Bereich Kontrolle erfahrungsgemäß auf den Einsatz von öffentlichen Mitteln für
Werbung und Marketing zu legen.*

*In der Stadt Graz wurde mit der Abteilung für Kommunikation eine neue Stelle
geschaffen, die die Öffentlichkeit des Hauses Graz koordinieren und in ein einheitliches
Bild bringen soll. Die Richtlinien für Öffentlichkeitsarbeit sollen dafür den Rahmen
schaffen. Die Holding Graz und ihre Beteiligungen sind im Bereich Sponsoring tätig.
Sowohl mit Geld- als auch mit Sachleistungen werden sportliche, kulturelle und soziale
Aktivitäten unterstützt und gleichzeitig ein Werbewert für das Unternehmen
geschaffen. Auf Initiative der Grünen ist es ja mittlerweile Standard, dass die Holding
dem Gemeinderat jährlich einen Sponsoringbericht vorlegt, in dem alle Leistungen
detailliert und aufgegliedert nach den jeweiligen Betrieben und Beteiligungen
aufgelistet sind.*

*Die Holding bewirbt ihre Angebote aber auch in diversen Medien per
Inseratenschaltungen. Hier gibt es jedoch für den Gemeinderat keine detaillierte
jährliche Übersicht über die Werbemittel, die ausgegeben werden. Neben der Höhe der*

Ausgaben und den Medien entzieht sich auch unserer Kenntnis, nach welchen Kriterien Inserate von der Holding vergeben werden. Daher stelle ich im Namen des Grünen Gemeinderatsklubs an Sie als Beteiligungsreferent folgende Frage:

Welche Kriterien bzw. Richtlinien werden für die Entscheidung über Inseratenschaltungen seitens der Holding - insbesondere für Parteizeitungen und parteinahe Medien - herangezogen?

StR Riegler:

Da darf ich vielleicht Folgendes berichten. Es gibt ja, wie Sie wissen, und wie Sie es eh schon in Ihrer Frage angesprochen haben, seit August letzten Jahren eine neue Richtlinie für Kommunikation, die sich eben daraus ergibt, dass es eine Kommunikationsabteilung gibt. Und es gibt aber auch daneben eine Richtlinie, eine Compliance-Richtlinie der Holding Graz, also der Tochter-Gesellschaft, das ist noch nicht so, dass jetzt die Mutter, Stadt Graz, auch für alle Töchter die Regelungen vorgibt, sondern die Holding Graz hat eine eigene Richtlinie. In dieser heißt es, Medienkontakte sind für den Konzern von großer Bedeutung, da die Leistungen nach außen transportiert werden und neue KundInnen angesprochen werden. Insofern dienen diese Kontakte in der Form von beispielsweise Einschaltungen, Spots und redaktionellen Beiträgen der Bewerbung dieser Leistungen. Das ist im Wesentlichen das Kriterium, nach dem Sie gefragt haben. Das heißt, es geht darum, dass wir natürlich mit dem Leistungsportfolio der Holding Graz auch am Markt tätig sein und erfolgreich sein wollen. Also ich könnte mir vorstellen, ich weiß jetzt nicht, worauf jetzt Ihre Frage abzielt, aber ich könnte mir vorstellen, dass etwa, wenn die Bestattung sagt, was weiß ich, wir möchten im Wettbewerb mit privaten Bestattungsunternehmen erfolgreich sein, dass sie irgendwo inserieren, wo Sie vermutlich, jetzt weiß ich nicht, irgendeinen Fall vor Augen haben, wo Sie eine Parteinähe vermuten, das weiß ich aber nicht, vielleicht sagen Sie es mir in der Zusatzfrage (*Appl.*).

Ribo:

Ja, (*lacht*) gibt es, und zwar anders wie meine Frage waren die Inserate in einigen ÖVP-Bezirkszeitungen. Also, ich habe hier vier Stück. Da wirbt die Holding eben mit Holding Bestattung, Holding Freizeit und das hat mich doch sehr überrascht und auf Anfrage auch der Holding gibt es da eine schriftliche Antwort, die lese ich auch gerne vor. Die sagt eben wiederum was anderes, und zwar die Holding Graz inseriert grundsätzlich in keinen Bezirkszeitungen von Parteien und da ist für mich das nicht ganz nachvollziehbar, was ich da glauben soll, der Holding und diesen Zeitschriften? Also, Fakt ist für mich, dass die Holding anscheinend in keiner Parteizeitung inseriert, außer in ÖVP-Parteizeitungen, und das ist sozusagen ein Punkt, der uns, ja, wie soll ich sagen, der uns ein bisschen skeptisch macht und wir werden auch natürlich, wir haben uns überlegt, was wir da machen können und wir haben auch eine Stelle, den Stadtrechnungshof, der da vielleicht genauer hinschauen sollte und auf Grund dieser ja nicht gleichen, oder wie soll ich sagen, nicht ungelösten Tatsache, was jetzt wirklich der Wahrheit entspricht, werden wir auch einen Prüfantrag stellen, damit das endgültig geklärt ist (*Allgem. Appl.*).

Bgm. Nagl:

War das eine Frage oder war das eine Feststellung?

Ribo:

Ich wollte wissen, ob er das wusste, dass es eben diese unterschiedlichen Meinungen gibt.

StR Riegler:

Grundsätzlich offenbar dürfte da eben eine große erfreulicherweise große Verbreitung stattfinden, das heißt, das ist gut für die Bestattung, wenn es so ist. Im Sinne einer

positiven Wirkung auf unseren Betrieb, aber im Allgemeinen, also kann ich Ihnen nur sagen, das muss man sich sicher anschauen und danke für den Hinweis (*Appl.*).

**7.7 Frage 7: Streichung des Kinderbetreuungsgeldes für Krisenfamilien
(GRⁱⁿ Robosch, SPÖ an Stadtrat Hohensinner, MBA, ÖVP)**

GRⁱⁿ Robosch:

Sehr geehrte Damen und Herren im Gemeinderat und auf der Galerie, sehr geehrter Herr Stadtrat. Vor dem Sommer haben wir uns ja schon im Gemeinderat mit dem Thema beschäftigt und haben die Zustände, die durch die Novellierung des Kinderbetreuungsgesetzes eingetreten sind, quasi analysiert. Wir wissen ja alle, dass vor allem für Pflegefamilien, die Kinder weniger als 91 Tage bei sich dauerhaft wohnhaft haben, bis vor kurzem kein Kinderbetreuungsgeld ausbezahlt wurde. Und damals hat es von Seiten der ÖVP geheißen, dass die zuständige Ministerin dieses Thema ganz oben auf die Agenda gesetzt hat und eine Lösung finden wird. In der Beantwortung meines Antrages steht auch oder wird darauf hingewiesen, dass im Gesetz selbst nur von einem dauerhaften gemeinsamen Wohnort gesprochen wird und wie lang ist dauerhaft? Diese 91 Tage nur auf einer Arbeitsanweisung aus dem Bundeskanzleramt beruhen. Trotz der Bemühungen, die das Amt auch durch die Einrichtung der Arbeitsgruppe Pflegekinderwesen getätigt hat, ist es leider im Sommer zu weiteren Verschlechterungen gekommen. Eben, wir haben Information darüber, dass Pflegefamilien, die jetzt um das Kinderbetreuungsgeld ansuchen, obwohl sie diese 91 Tage gemeinsamen Aufenthalt haben, gar kein Kinderbetreuungsgeld mehr ausbezahlt bekommen und es ist ein extremer Notstand, der auch die Stadt Graz betreffen wird, vor allem im Sozialbereich. Diese Pflegefamilien leisten vor allem in Krisensituationen, in akuten Krisensituationen eine wichtige Aufgabe und deswegen stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, die Frage: Was gedenken Sie, gegen

diesen Notstand in der Unterstützung von familienpädagogischen Pflegefamilien zu unternehmen?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Herr Stadtrat!

In der Beantwortung meines Antrages bezüglich des Kinderbetreuungsgeldes für familienpädagogische Pflegefamilien vom 2. August 2018 wurde mir mitgeteilt, dass eine Petition an den Bundesgesetzgeber nicht zielführend wäre, weil die Anforderung des 91 Tage dauerhaften gemeinsamen Wohnortes in einer Arbeitsanweisung aus dem Bundeskanzleramt begründet sind und nicht explizit im Gesetz verankert ist. Nun wurde jedoch allen familienpädagogischen Pflegefamilien dieses Kinderbetreuungsgeld gestrichen, egal ob sie die 91 Tage gemeinsamer Wohnort vorweisen können oder nicht. Dadurch wurde eine ohnehin schon prekäre Situation noch weiter verschärft. Diese Pflegefamilien sind ein wichtiger Teil in der Jugendfürsorge und eine noch wichtigere Antwort auf eine akute Krise. Wenn diese Krisenplätze weiter zurückgehen, bekommt auch die Stadt Graz schnell ein enormes Problem.

Deshalb stelle ich im Namen der sozialdemokratischen Gemeinderatsfraktion an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, die

Frage:

Wie gedenken Sie diesen Notstand in der Unterstützung von familienpädagogischen Pflegefamilien zu lösen?

StR Hohensinner:

Liebe Frau Gemeinderätin, danke für die Anfrage. Ich gebe dir natürlich recht, das ist ein Problem für Krisenpflegeeltern mit sehr kleinen Kindern. Wie du schon erwähnt hast, hat es im Mai eine Anfrage bzw. einen Antrag von der KPÖ gegeben. Damals, schon erwähnt, es ist eine Bundesmaterie, die das Kinderbetreuungsgeld betrifft. Die Krisenpflegeeltern wiederum sind Ländersache. Krisenpflegeeltern haben bisher Kinderbetreuungsgeld wie andere Eltern beziehen können. Das hast du auch angeführt. Diese Handhabe wurde durch einen OGH-Entscheid unterbunden. Der OGH-Entscheid besagt, dass Krisenpflegepersonen keine Eltern im herkömmlichen Sinn sind und sie deswegen kein Kinderbetreuungsgeld erhalten dürfen. Entscheidungen des OGH sind zu akzeptieren. Es betrifft ca. 60 Fälle im Jahr in ganz Österreich. Es betrifft zurzeit elf Kinder mit Grazbezug, sechs davon werden in Graz betreut. Ich habe diesbezüglich auch mehrfach schon mit der zuständigen Bundesministerin gesprochen und sie hat mir zugesichert, aber auch das hast du erwähnt, dass sie ganz, ganz dringend und schnell nach einer Lösung sucht, die auch nicht im Widerspruch mit dem OGH-Urteil steht. Ich weiß nicht, ob du das weißt, ich treffe in gewissen Zeitabständen die Pflegeeltern und auch die Krisenpflegeeltern und bin da im Austausch neben dieser Gruppe, die wir eingesetzt haben und wenn es wirklich zu einem Engpass kommt bei einer Familie, bin ich gerne bereit zu helfen. Wenn du eine Familie weißt, die irgendwie in ein größeres finanzielles Problem diesbezüglich hat, bitte diese Familie zu mir schicken. Aber eben zusammengefasst, das OGH-Urteil haben wir nicht gefasst, hat auch die Bundesministerin nicht gefasst, das ist so vom Gericht gekommen. Wir müssen nach einer Lösung suchen und wenn eine Familie was dringend braucht, bin ich gerne bereit, mich mit dieser Familie zu treffen (*Allgem. Appl.*).

Robosch:

Ja, die gibt es. Natürlich erkennen wir die Entscheidung des OHGs an. Unabhängig davon, ob diese Familien jetzt als herkömmliche oder als Familien gesehen werden im Rechtssinn, besteht trotzdem, übernehmen diese Familien diese Aufgabe, für die sie

eben entlohnt gehören und für diese Kosten, die sie auch für diese Kinder in diesem Zeitraum übernehmen, das gehört vom Staat, von uns, übernommen und deswegen ist meine Zusatzfrage: Was gedenken Sie, Herr Stadtrat, auch in Kooperation mit der Bundesministerin zu unternehmen, dass andere finanzielle Unterstützungen quasi getätigt werden?

StR Hohensinner:

Gibt es auch andere Unterstützungen? Also, das ist jetzt nicht einzige Unterstützung? Aber da kann mein Amt auch eine detaillierte Auskunft geben und zweitens werde ich mich dafür einsetzen, dass die Familien auch rückwirkend dieses Geld erhalten
(Allgem. Appl.).

**7.8 Frage 8: Einführung von Tempo 30 km/h in der Heinrich-Caspar-Gasse
(GRⁱⁿ Potzinger, ÖVP an Stadträtin Kahr, KPÖ)**

GRⁱⁿ Potzinger:

Hohe Stadtregierung, hoher Gemeinderat, geschätzte Damen und Herren auf der Galerie, sehr geehrte Frau Stadträtin Kahr. Es geht wieder einmal um die Sicherheit von Familien. In dem konkreten Fall um die Einführung von Tempo 30 in der Heinrich-Caspar-Gasse. Warum dort, weil es die einzige Ost-West-Verbindung in diesem Bereich der Stadt Graz ist, wo nach wie vor Tempo 50 gilt. Früher war das ja auch eine Hauptentlastungsstraße, Verbindung Ost-West. Dann kam der Grabengürtel, der jetzt den Transitverkehr aufnimmt und die Heinrich-Caspar-Gasse ist aber relativ breit, abschüssig und verleitet zum Rennfahren. Es haben etliche anrainende Familien sich an mich als Familiensprecherin im Gemeinderat gewandt, weil in diesem Bereich Vogelweiderstraße, Millöckergasse, Fusterweg, Heinrich-Caspar-Gasse viele junge Familien leben, aber auch Seniorinnen und Senioren, die langsam, gebrechlich

unterwegs sind und um ihre Sicherheit besorgt sind. Ich habe dazu im letzten Gemeinderat schon einen Antrag formuliert, der dir sicher vorliegt. Jetzt hat es leider vorige Woche, Dienstag, wieder einen Unfall gegeben mit einem Bus, es war ein ÖBB-Bus. Es war ein 14-jähriger Radfahrer aus der Vogelweiderstraße kommend in den Bus geprallt, verletzt ins Spital gebracht wurde. Natürlich auch Verkehrschaos ausgelöst hat und das hat dazu geführt, dass die AnrainerInnen sich noch einmal an mich gewandt haben mit der Bitte, das heute im Gemeinderat vorzutragen, zu ersuchen zu prüfen, dass auch in der Heinrich-Caspar-Gasse Tempo 30 eingeführt wird. Das ist meine Frage.

Originaltext der Frage:

Sehr geehrte Frau Stadträtin!

Die Heinrich-Caspar-Gasse war vor der Errichtung des Grabengürtels als Vorrangstraße eine wichtige Ost-West-Verbindung im Bezirk Geidorf. Mittlerweise erfolgt der Transitverkehr zwar größtenteils durch den Grabengürtel, doch die Heinrich-Caspar-Gasse wird zunehmend als „kleine Rennstrecke“ missbraucht.

Auf fast allen von der Theodor-Körner-Straße abzweigenden Quergassen gilt Tempo 30 km/h. Diese verkehrsberuhigende Maßnahme wird von den vielen Anrainern, insbesondere von jungen Familien mit kleinen Kindern und von Seniorinnen und Senioren, überaus geschätzt. Umso größer ist das Bedauern, dass nur in der Heinrich-Caspar-Gasse nach wie vor Tempo 50 km/h gilt. Darunter leiden vor allem die vielen Jungfamilien, die im Bereich Vogelweiderstraße – Füllerweg – Millöckergasse – Heinrich-Caspar-Gasse wohnen, und sich große Sorgen um die Sicherheit ihrer Kinder machen.

Vorige Woche, am 9.10., kam es bedauerlicherweise in der Heinrich-Caspar-Gasse zu einem folgenschweren Unfall: Ein aus der Vogelweiderstraße kommender jugendlicher Radfahrer kollidierte mit einem ÖBB-Postbus und musste verletzt ins Spital gebracht werden, nachkommende Busse der Holding und PKWs mussten infolge der Straßensperre lange Wartezeiten in Kauf nehmen.

Verkehrsberuhigung ist in der Stadt Graz als Stadt der Lebensqualität und größte familienfreundliche Gemeinde Österreichs ein Gebot der Stunde.

Daher richte ich an dich, sehr geehrte Frau Stadträtin, folgende

Frage:

„Bist du bereit, dich dafür einzusetzen, dass eine möglichst baldige Einführung von Tempo 30 km/h in der Heinrich-Caspar-Gasse in die Wege geleitet wird?“

StRⁱⁿ Kahr:

Ich kann es ganz kurz machen. Ja gerne. Ich prüfe das gerne noch einmal, auch im Wissen, weil es hat auch eine Anfragebeantwortung schon gegeben. Ich habe die aber noch unterschrieben und ich prüfe das gerne noch einmal, weil ich mit der Beantwortung in dieser Weise so das einfach noch einmal hinterfragen möchte selber.

Potzinger:

Danke vielmals. Nachdem die Anrainer gefragt haben, sollen sie jetzt noch eine Unterschriftenaktion starten, ist das notwendig oder genügt es ihnen, wenn ich es ihnen ausrichte, was du jetzt gesagt hast?

StRⁱⁿ Kahr:

Du kannst ihnen das gerne so ausrichten, wie ich das gesagt habe und steht immer jeden Bürger frei, zusätzlich noch Maßnahmen zu setzen. Da bin ich ganz offen (*Allgem. Appl.*).

7.9 Frage 9: Kosten für die Bewerbung der Stadt Graz als Host City für Olympia 2026 (GR. Eber, KPÖ an Stadtrat Dr. Riegler, ÖVP)

GR Eber:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, werte Mitglieder der Stadtregierung, liebe Kolleginnen und Kollegen, sehr geehrte Damen und Herren. Es ist nun einige Monate her, dass uns ein Thema hier sehr beschäftigt hat, das waren die Olympischen Spiele. Soll sich Graz darum bewerben oder nicht? Nunmehr sind ein paar Monate vergangen wieder. Erst vor wenigen Tagen, auf das möchte ich auch hinweisen, vielleicht erst vor wenigen Tagen ist in den Medien ein kurzer Bericht erschienen, wonach die Organisatoren der Olympischen Spiele in Pyeongchang hervorragend gewirtschaftet hätten und 48 Millionen Euro ungefähr an Gewinn erwirtschaftet hätten. Dazu muss man natürlich bedenken, dass dieser Gewinn jetzt nicht unbedingt der Stadt Pyeongchang erstens alleine zugutekommt, sondern da auch das IOG und das Nationale Olympische Komitee da natürlich mitnaschen, wenn man so sagen darf. Und zweitens, dass in diesem Budget jetzt natürlich nicht drinnen ist jene Ausgabe, die also für die im weitesten Sinne für die Infrastruktur notwendig gewesen sind. Also das bedeutet, statt der geplanten fünf Milliarden wurden ja in Pyeongchang letztlich zehn Milliarden Euro, ungefähr, ganz grob gesagt, ausgegeben. Wir haben jedenfalls in Graz im März 2018 die „Graz Winterspiele 2026 GmbH“ gegründet, die Stadt Graz ist damit 70 % Anteils-Gesellschafterin. Diese wurde eben gegründet mit dem Ziel der Vorbereitung, der Organisation und der Durchführung der Olympischen Winterspiele 2026. Für eine erste Phase bis September 2019 war ein Finanzbedarf von sechs bis sieben Millionen Euro gegeben. Ich darf daher an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, folgende Frage richten: Wie hoch sind die Kosten, die für die geplante Bewerbung der Stadt Graz als Host City für die Olympischen Winterspiele 2026 bis zum heutigen Tage angefallen sind? Danke (*Allgem. Appl.*).

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Herr Stadtrat,

gut drei Monate sind vergangen, dass die Olympia-Träume der schwarz-blauen Rathauskoalition geplatzt sind. Nun ist es auch an der Zeit, Bilanz über die Kosten für die Stadt Graz zu ziehen.

Im März 2018 wurde die "Graz Winterspiele 2026 GmbH" gegründet, die Stadt Graz ist zu 70 % Anteils-Gesellschafterin. Diese Gesellschaft wurde gegründet mit dem Ziel der Vorbereitung, Organisation und Durchführung der Olympischen Winterspiele 2026.

Erwartet wurde für die erste Phase ein Finanzbedarf von sechs bis sieben Millionen Euro bis September 2019.

Daher stelle ich an Sie, sehr geehrter Herr Stadtrat, folgende

Frage:

Wie hoch sind die Kosten, die für die geplante Bewerbung der Stadt Graz als Host City für die Olympischen Winterspiele 2026 bis zum heutigen Stichtag angefallen sind?

StR Riegler:

Lassen Sie mich zunächst mein täglich immer wieder kehrendes Bedauern ausdrücken, wenn ich die Zeitung aufmache und in das Internet schaue, wenn ich davon lese, dass wir wirklich äußerst realistische Chancen gehabt hätten, die Olympischen Winterspiele zu bekommen und wir tatsächlich wahrscheinlich mit der Kulisse Schladming/Ramsau tatsächlich eine einzigartige Werbung für die Steiermark gehabt hätten, die leider eben nicht eingetreten ist. Auf die 55 Millionen Überschuss haben Sie schon hingewiesen, soll es aus Ihrer Sicht argumentativ sein, dass das noch aufzuteilen wäre. Ich wäre auch

schon froh, wenn ich nur die Hälfte von 55 Millionen behalten dürfte für das Budget, denn gerade Ihrer Fraktion (*Allgem. Appl.*) fallen ja immer wieder zahlreiche segensreiche Ideen ein, was man nicht alles gratis oder billiger machen könnte und mit 25 oder 30 Millionen hätte man schon einiges machen können. Jetzt zu Ihrer Frage. Bis jetzt angefallen € 160.000,-- und möchte aber darauf hinweisen auf zwei Aspekte: Erstens, der wesentlichste Kostenteil ist entfallen auf ein Gutachten, auf eine Studie, die immerhin von renommierten hier ansässigen Hochschulen wie der TU Graz und FA Kampus 02 erstellt wurden, das heißt, das Geld ist zu einem wesentlichen Teil eigentlich in unsere steirischen Hochschulen gegangen und dementsprechend eigentlich auch nutzbringend für die Wissenschaft genutzt worden und zweitens, Ausfluss bisher sind ca. 215 bis 300 Beiträge in Medien national, international, man spricht davon international immer noch davon, dass Graz eben als Olympia-Stadt und Olympia-Werbung tätig war. Insofern sind diese € 160.000,--, glaube ich, gut investiert und sind wahrscheinlich billiger gewesen als die Umfragen und Unterschriftenaktionen, die Sie organisiert haben (*Allgem. Appl.*).

Eber:

(*Lacht*). Danke für die Antwort, Herr Stadtrat. Tatsächlich war unsere (*lacht*) Unterschriftenaktion durchaus etwas günstiger als diese € 100.000,--. Ich habe eh schon vorher darauf hingewiesen, natürlich freut man sich, wenn man 55 Millionen Dollar sind das ja gewesen oder die Hälfte oder ein Drittel oder wieviel auch immer vereinnahmen kann. Man muss nur bedenken eben, dass man vorher zehn Milliarden ausgegeben hat. Also (*lacht*) wir nicht, nicht die zehn Milliarden, das ist klar.

Zwischenruf Bgm Mag. Nagl: Das heißt, wir hätten noch Gewinn, wir würden nicht so viel ausgeben.

Eber:

Ich rede wirklich nur von Pyeongchang in diesem Falle, das ist klar. Ich habe vorhin übrigens eine mehr oder weniger repräsentative Umfrage gemacht, da haben null Prozent gesagt, sie würden wegen der Olympischen Winterspiele, weil sie in Pyeongchang stattgefunden haben, dort auch hinfahren. Also ich habe zahlreiche Kollegen und Kolleginnen (*lacht*)...

Bgm. Nagl:

Nachdem einige Kollegen noch warten, bitte die Zusatzfrage. Es warten noch ein paar... bitte.

Eber:

Entschuldigung, jawohl. Nur ganz schnell. Also die Zusatzfrage lautet: Wie geht es nun weiter mit dieser Gesellschaft, die da gegründet worden ist. Wie wird sie abgewickelt? Dankeschön (*Allgem. Appl.*).

StR Riegler:

Also die Gesellschaft gibt es ja noch. Die wird abgewickelt und im Übrigen wie geht es weiter. Ich hoffe, dass wir uns möglichst bald dazu durchringen können, uns für 2030 zu bewerben (*Allgem. Appl.*).

7.10 Frage 10: Deutschförderung an sogenannten „Brennpunktschulen“ (GRⁱⁿ Wutte an Stadtrat Hohensinner, MBA, ÖVP)

GRⁱⁿ Wutte:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, liebe Kolleginnen und Kollegen, liebe Gäste auf der Galerie, sehr geehrter Herr Stadtrat, lieber Kurt. Meine Frage bezieht sich auf das in diesem Schuljahr neu implementierte System der sogenannten Deutschförderklassen und die Konsequenzen für die Grazer Schulen. Es wurde ja medial wiederholt berichtet, dass es zu massiven Verschlechterungen gerade an jenen Grazer Schulen mit hohem MigrantInnenanteil gekommen ist. Vom Bund wurde der Integrationstopf, aus dem ein Großteil der Deutschförderstunden, der bisherigen, finanziert wurde, gestrichen. In Graz ist deswegen beispielsweise eine Volksschule im Bezirk Lend von 149 auf 94 Deutschförderstunden und eine andere, in Gries, von 134 auf 66 Wochenstunden zurückgefallen. Also eine massive Verschlechterung und ganz viele Kinder davon betroffen. Die Deutschförderklassen an Schulen mit besonders vielen SchülerInnen mit Migrationshintergrund ersetzen teilweise die Regelklassen, was dazu führt, dass natürlich die anderen Fächer wie Rechnen oder Sachkunde völlig in den Hintergrund treten und ganz viele Kinder die erste Volksschulklasse wiederholen müssen. Es war schon vor dem Sommer und im Sommer und jetzt wieder ein großes Thema, dass sich immer mehr DirektorInnen sehr kritisch äußern oder wirklich auch verzweifelt sind angesichts der Situation und nicht wissen, wie sie die Situation überhaupt noch stemmen sollen mit den vorhandenen Ressourcen. Sie haben bereits im Sommer angekündigt, die Grazer Schulen im Rahmen Ihrer Möglichkeiten bestmöglichst zu unterstützen, sollte die neue Bundesregelung zu Problemen führen, was eben eingetreten ist. Die Stadt Graz hat auch in der Vergangenheit schon auf fehlende Ressourcen im Schulbereich sehr gut reagiert, wie man am Beispiel der Schulsozialarbeit gut sehen kann. Deswegen richte ich folgende Fragen an dich: Welche Maßnahmen hast du gesetzt und wirst auch in Zukunft setzen, um eine gute Deutschförderung an den Grazer Schulen trotz der geschilderten, sehr erschwerten Rahmenbedingungen sicherzustellen? (*Allgem. Appl.*)?

Originaltext der Frage:

Sehr geehrter Herr Stadtrat,

meine Frage bezieht sich auf das in diesem Schuljahr neu implementierte System der separaten Deutschförderklassen und seine Konsequenzen für Grazer Schulen.

Medial wurde wiederholt von massiven Verschlechterungen für gerade jene Schulen mit besonders hohem MigrantInnenanteil berichtet: Vom Bund wurde der Integrationstopf, aus dem ein Großteil der Deutschförderstunden finanziert wurde, gestrichen. In Graz ist deswegen beispielsweise eine Volksschule im Bezirk Lend von 149 auf 94 Deutschförderstunden, eine andere in Gries von 134 auf 66 Wochenstunden zurückgefallen. Die Deutschförderklassen an Schulen mit besonders vielen SchülerInnen mit Migrationshintergrund ersetzen teilweise die Regelklassen anstatt sie zu ergänzen, sodass Fächer wie Rechnen oder Sachkunde völlig in den Hintergrund treten. Viele DirektorInnen äußern sich kritisch oder auch zunehmend verzweifelt angesichts der fehlenden Ressourcen.

Bereits im Sommer haben Sie angekündigt, die Grazer Schulen im Rahmen Ihrer Möglichkeiten bestmöglich zu unterstützen, sollte die neue Bundesregelung zu Problemen bei den Deutschförderstunden führen. Die Stadt Graz hat schon in der Vergangenheit auf fehlende Ressourcen im Schulbereich reagiert und mit eigenen Mitteln Verbesserungen geschaffen, um Kindern ein gutes Lernumfeld zu sichern. Verwiesen sei hier in diesem Zusammenhang auf die Schulsozialarbeit.

Deswegen richte ich folgende Frage an Sie:

Welche Maßnahmen haben Sie bereits gesetzt und werden Sie setzen, um eine gute Deutschförderung an den Grazer Schulen trotz der geschilderten erschwerten Rahmenbedingungen sicherzustellen?

StR Hohensinner:

Liebe Frau Gemeinderätin, vielen Dank für die Frage. Es gibt mir die Gelegenheit, wieder zu diesem Thema den neuesten Stand hier vorzubringen. Wie du weißt, setze ich mich seit Jahren ein, dass unsere Schulstandorte mit genügend Raum und Personalressourcen ausgestattet werden. Man muss da aber schon sagen, dass wir eigentlich nur für die Raumausstattung zuständig sind und ganz klar Bund und Land für die Personalressourcen. Zu deiner konkreten Frage: Die Zahlen, die du im Motivenbericht vorgebracht hast, sind die Zahlen, die vor dem Sommer aktuell waren. Inzwischen hat das Land Steiermark nachgebessert. Wir sind trotzdem noch nicht zufrieden mit dem jetzigen Stand. Deshalb habe ich vergangenen Dienstag alle Verantwortlichen des Landes bei mir im dritten Stock im meinem Büro gehabt. Glauben Sie mir, so wie es läuft insgesamt im Land Steiermark zu dem Thema, das gefällt mir nicht. Also ich habe gerade vorhin mit Kollegen Ehmann gesprochen, da wünsche ich mir schon sehr, dass das im nächsten Jahr transparenter abläuft. Trotzdem muss man sagen, dass das Land Steiermark einerseits die Stunden bereits nachgebessert hat, andererseits haben wir in dieser Runde, anwesend waren alle verantwortlichen Landesschulinspektoren, die zuständige Frau Schoiswohl aus dem Landesamt. Es war die Landesrätin da, die Bildungsdirektorin und wir haben auch nach einer Diskussion uns gefunden in einer Aussage, dass die Deutschförderklassen nicht verantwortlich sind, dass es da oder dort Ressourcenengpässe gibt. Das möchte ich auch hier festhalten. Was ist jetzt schuld daran? Zwei Punkte: Einerseits, das hast du auch schon angesprochen, die Streichung des Integrationstopfs. Da war ich aber heute vor der Sitzung auch noch mit dem Bundesministerium in Rückabsprache und diese Zahlen muss ich erst verifizieren. Aber da wurde mir gesagt, es wurden knapp 30 Dienststellen gestrichen für ganz Steiermark. Auf der anderen Seite für die Sprachförderung wurden rund 20 Stellen wieder in Richtung Steiermark verschoben. Aber das werde ich noch verifizieren. Ein zweiter Punkt ist schuld daran, nämlich die Richtlinien des Landes, was die Teilungszahl betrifft. In den letzten Jahren hat Gott sei Dank das Land Steiermark uns zusätzlich unterstützt. Jetzt hat man das Mindestmaß, die Teilungszahl 8/25 angewendet, in den letzten Jahren 8/16/24 für die weitere

Vorgangsweise. Wie gesagt das Land Steiermark hat zugesagt, dass es Gespräche gibt heute und morgen mit den SchulleiterInnen, da gibt es Einzelgespräche. Das Land Steiermark hat noch angeblich drei Dienststellen zurückgehalten, wenn es da oder dort erforderlich ist, hat die Landesrätin auch zugesagt, diese Stellen quasi für Graz zu verwenden. Dafür ein großes Dankeschön. Die Bildungsdirektorin ist da auch mit dabei. Wenn es aber trotzdem dann Ressourcenengpässe noch gibt an Brennpunktschulen, haben wir als Integrationsreferat noch ein Budget aufgestellt, dass wir über Vereine z. Bsp. Deutsch- und mehr Sprachkurse in diesen Schulen zusätzlich anbieten können. Weil, wir können schon immer aufzeigen, in Wirklichkeit sind wir nicht zuständig, aber es hilft nichts, es geht um die Kinder und da werden wir einfach über das Integrationsreferat unterstützen. Das ist mein Angebot und ich hoffe, dass wir dann eine Ruhe in den Schulen einkehren lassen und dass die Lehrer sich wieder auf das Unterrichten konzentrieren können (*Allgem. Appl.*).

Wutte:

Ja, vielen Dank für die Antwort und auch danke für deinen Einsatz. Ich möchte kurz noch sagen, dass ich es irgendwie schlimm finde, dass sozusagen erst der Hut brennen muss, bevor dann die Gespräche werden, weil es war einfach über ganzen Sommer klar und hat sich abgezeichnet, dass diese Situation eintreten wird und warum erst, weiß ich nicht, wieviele Zeitungsberichte kommen müssen und alle Lehrer und Direktoren völlig verzweifelt sind und dann sozusagen erst was geschieht, das ist irgendwie traurig. Vielen Dank aber auch dafür, dass das Integrationsreferat auch unterstützen möchte, wenn es wirklich nicht anders geht, das ist gut zu hören. Meine Frage ist, ob du dir vielleicht auch vorstellen kannst, in einem Bildungsausschuss betroffene Direktoren einzuladen oder mit dem Bildungsausschuss einmal eine Schule zu besuchen. Einfach auch, damit die GemeinderätInnen sich ein Bild von der Situation machen können und da in Kontakt auch kommen (*Appl.*).

StR Hohensinner:

Also erster Punkt: Wir stoßen da ganz in dieselbe Richtung und ich habe eigentlich seit Ende Spätfrühling/Anfang Sommer mich vehement eingesetzt, dass wir Zahlen bekommen, dass wir einmal das wirklich auf den Boden bringen können. Aber ich kann Ihnen sagen, ich habe erst vergangenen Freitag von einem Journalisten Zahlen bekommen. Das muss man sich vorstellen. Wir setzen uns ein und weder Land Steiermark noch Bildungsdirektion übermittelt uns eine transparente Auflistung, wo die Ressourcen jetzt hingehen. Das ist für mich nicht zufriedenstellend, weil die Eltern, die Lehrer kommen zu uns, nicht nur zu Ihnen oder zu dir, sondern auch zu uns und ich werde nicht müde werden, dass wir uns da einmischen als Stadt Graz. Aber deine Frage war ...

Wutte:

... Bildungsausschuss vielleicht eine Schule besuchen können oder jemanden einladen können auch.

StR Hohensinner:

Das lehnt sich genau da an. Die Bildungsdirektion muss es auch freigeben. Aber gerade Elisabeth Meixner ist da hilfreich in dieser Sache und ich hoffe, dass ein zuständiger Landesschulinspektor mit vielleicht ein/zwei Direktoren Zeit findet, zu uns in den Bildungsausschuss zu kommen (*Appl.*).

Ende der Fragestunde um 13.35 Uhr.